

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 8a - TELEPHON: B 40-500 KL. 838, 837 u. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 3./Dezember 1953

Blatt 2032

Weitere WdU Bezirksräte gegen Verzichtserklärungen

3. Dezember (RK) Bezirksrat Franz Schuster richtete im Namen der WdU Bezirksräte des 9. Bezirkes an die Stadtverwaltung ein Schreiben, in welchem es u.a. heißt: "Als Fraktionsführer der Bezirksräte der WdU Fraktion für den 9. Wiener Gemeindebezirk erkläre ich im Namen meiner Fraktion die Verzichtserklärungen lautend auf die Namen Anna Blum, Rudolf Kneussel und Franz Schuster als ungültig und nicht zu Recht bestehend. Sollten von irgendeiner Stelle diese ungültigen Verzichtserklärungen vorgelegt werden, sind diese als unwirksam zu betrachten".

Pferdemarkt vom 26. November

3. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 15 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 15 verkauft. Der Marktverkehr war ruhig.
Herkunft der Tiere: Niederösterreich 12, Steiermark 1, Burgenland 2.

K.J. Pratobevera zum Gedenken
=====

3. Dezember (RK) Auf den 6. Dezember fällt der 100. Todestag des bedeutenden österreichischen Rechtsgelehrten Karl Joseph Pratobevera Freiherr von Wiesborn.

Am 17. Februar 1769 als Sohn eines italienischen Kaufmannes zu Bielitz in Schlesien geboren, betrieb er an der Wiener Universität Rechtsstudien. Zu seinen Lehrern gehörten Sonnenfels und Zeiller. Nach seiner Promotion und nach Ablegung der Advokatenprüfung wurde er zum Appellationsrat in Krakau ernannt, wo er auch als Direktor der juristischen Studien und als Rektor der Universität fungierte. 1806 wurde er als Hofrat an die oberste Justizstelle nach Wien berufen. Als Beisitzer der Hofkommission in Gesetzessachen nahm er an der Schlußredaktion des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches teil und verfaßte das Kundmachungspatent. Von 1814 bis 1818 gehörte er als Referent dem Staatsrat an. 1817 wirkte er bei der Ausarbeitung der Statuten der österreichischen Nationalbank mit. Von 1818 bis 1838 war er als Vizepräsident des niederösterreichischen Appellationsgerichtes tätig. Daneben führte er den Vorsitz der Kommission zur Reform des Strafgesetzbuches. 1824 bekleidete er die Rektorswürde. Er starb im Alter von 85 Jahren in Wien. Pratobevera gehörte zu jenen Persönlichkeiten, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch die Verbindung von Theorie und Praxis eine Blüte des österreichischen Rechtslebens bewirkten. Die von ihm in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen behandelten Fragen sind der Verfahrensrechtslehre zuzurechnen. Sein Hauptwerk sind Miscellen und Abhandlungen in den von ihm herausgegebenen "Materialien für Gesetzkunde und Rechtspflege in den österreichischen Erbstaaten". Weiter beschäftigten ihn Pläne zur Reform des Zivil- und Strafprozesses, die ihn veranlaßten, den Entwurf für eine allgemeine Gerichtsordnung auszuarbeiten. Seine größte juristische Leistung ist eine umfassende Untersuchung des Beweisproblems im Verfahrensrecht. Diese nimmt in Konzept und Methode die allgemeine Verfahrensrechtslehre unserer Tage vorweg und hat in ihrer Fragestellung an Aktualität nichts eingebüßt. Auch viele Veröffentlichungen interessanter Rechtsfälle stammen von ihm.

Eine Warnung des Stadtschulrates

=====

3. Dezember (RK) Wie der Stadtschulrat für Wien mitteilt, gibt es Handelsvertreter, die bei der Werbung für Waren angeben, vom Stadtschulrat für Wien zu kommen, oder sich in ähnlicher Form auf den Stadtschulrat berufen. Der Stadtschulrat für Wien stellt dazu fest, daß er niemand mit der Werbung für Waren auch nicht für Bücher beauftragt oder zu einer Werbung in seinem Namen ermächtigt hat.

Wien hat genug Wasser

=====

3. Dezember (RK) Aus Salzburg kommt die Nachricht, daß die klaglose Trinkwasserversorgung durch die langanhaltende Trockenheit stark gefährdet ist. Die Wiener Bevölkerung braucht jedoch, wie die "Rathaus-Korrespondenz" von den städtischen Wasserwerken erfährt, keine Sorge zu haben. Dem Durchschnittsverbrauch von 210 Liter pro Kopf im Tag stehen 315.000 bis 320.000 Kubikmeter Wasser gegenüber, die täglich nach Wien fließen. Beide Zahlen entsprechen dem Durchschnitt der letzten Jahre. Die 2. Hochquellenleitung rinnt voll, die 1. Hochquellenleitung liefert zwar etwas weniger, doch wird dieses Manko durch die Grundwasserwerke leicht ausgeglichen, die zur Spitzendeckung herangezogen werden. Die Trockenheit wirkt sich also auf die Wiener Wasserversorgung nicht aus. Auch in den Behältern rund um Wien sind genügend Reserven vorhanden.

Schwierigkeiten in der Wiener Wasserversorgung wären nur dann zu erwarten, wenn es auch in den nächsten Wochen in den Bergen nicht regnet und dann sofort starker Frost eintritt.

Der Voranschlag der Stadt Wien für 1954
=====

3. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für Finanzwesen, Johann Resch, gab heute einem Vertreter der "Rathaus-Korrespondenz" folgende Darstellung des Voranschlages der Stadt Wien für das Jahr 1954.

Die Ansätze des Voranschlages 1954 unterscheiden sich von den für 1953 nur geringfügig. Trotz den aus den Reformen der Gewerbesteuer, Einkommensteuer und Lohnabzugssteuer zu erwartenden Mindereingängen, sind durch eine optimistische Budgetierung der eigenen Einnahmen die Gesamteinnahmen noch um ein geringes höher angenommen worden als heuer. Diese Annahme steht und fällt mit der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Die Exportkonjunktur des letzten Jahres habe zwar die Handels- und Zahlungsbilanz Österreichs aktiv und der Nationalbank die Anhäufung einer hohen Devisensumme möglich gemacht, sie hat aber keine Steigerung der Produktion, des Inlandkonsums und der Zahl der Beschäftigten mit sich gebracht. Wird das bei den Geldinstituten angehäufte Kapital der Wirtschaft in der Form von langfristigen, billigen Krediten zur Verfügung gestellt, so ist durch die Schaffung neuer Produktionsstätten und durch die Modernisierung vorhandener Betriebe eine Steigerung der Produktion zu erhoffen, die, wenn die Preise den verbilligten Herstellungskosten entsprechend herabgesetzt werden, auch eine Steigerung der Konsumkraft und damit des Lebensstandards unserer Bevölkerung mit sich bringen wird. Unter dieser Annahme einer Expansion unserer Wirtschaft und der dadurch bedingten höheren Steuereingänge haben der Bund und mit ihm auch die Gemeinde Wien ihre Budgets erstellt. Das Problem war für Wien deshalb besonders schwierig, weil Wien mit vollen 50 Prozent an den Mindereingängen durch die Reform der Einkommen- und Lohnsteuer beteiligt ist und die Mindereingänge aus der Gewerbesteuerreform zur Gänze allein wird tragen müssen. Die voraussichtlichen Mindereinnahmen Wiens aus den Steuerreformen schätzt der Finanzreferent auf mehr als 250 Millionen Schilling.

Das Budget der Stadt sieht im ordentlichen und außerordent-

lichen Haushalt Gesamteinnahmen von 2.900 Millionen Schilling vor, das sind um 211 Millionen Schilling oder 7.9 Prozent mehr als im Voranschlag 1953. Die Ausgaben werden auf 3.089 Millionen Schilling, also um 224 Millionen Schilling oder 7.8 Prozent mehr geschätzt. Der Gesamtabgang beträgt 189 Millionen Schilling, um 13 Millionen Schilling mehr als heuer. Er macht immerhin 6.1 Prozent des Budgetvolumens aus und soll aus Rücklagen gedeckt werden. Von den Einnahmen werden 818 Millionen Schilling aus städtischen Steuern und Abgaben, 931 Millionen Schilling aus Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und 877 Millionen Schilling aus sonstigen Gebühren städtischer Einrichtungen und Betriebsentgelten erwartet. Dazu kommen die sogenannten Wertdurchführungen in der Höhe von 272,8 Millionen Schilling, das sind die kassenmäßig nicht wirksamen Verrechnungsposten zwischen den einzelnen Gemeindedienststellen.

Die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind zwar gegenüber dem Ansatz im Voranschlag 1953 von 873 Millionen um 58 Millionen höher, doch ist dies nur darauf zurückzuführen, daß die Voranschlagsansätze des Bundes für 1953 viel zu nieder angesetzt waren. Vergleicht man die Ertragsanteile 1954 mit den tatsächlich eingelaufenen Ertragsanteilen 1952 und 1953, so wird das Ergebnis 1954 um 148 Millionen geringer sein als 1952 und um 119 Millionen geringer als 1953. Der Finanzreferent hofft, daß die erhöhten Einnahmen aus den eigenen Abgaben und Gebühren diese Mindereinnahmen wettmachen werden.

Von den Gesamtausgaben von 3.089 Millionen Schilling entfallen 980 Millionen Schilling, um 6.9 Prozent mehr, auf den Personalaufwand, 1.197 Millionen Schilling, um 9.1 Prozent mehr, auf den laufenden Sachaufwand und 912 Millionen Schilling, um 7.3 Prozent mehr, auf Investitionen. Es ist also wieder gelungen, den Aufwand für die Arbeitsbeschaffung höher anzusetzen als heuer. Die Steigerung des Personalaufwandes um nur 6.9 Prozent trotz der vollen Auswirkung der ersten Etappe der Entnivellierung konnte durch eine neuerliche Senkung des Personalstandes erreicht werden. Im Voranschlag 1953 waren 33.590 vollbeschäftigte Angestellte vorgesehen, im Voranschlag 1954 ist

diese Zahl um 418 Angestellte auf 33.172 Vollbeschäftigte gesunken. Die Zahl der Pensionisten wird von 13.711 im Voranschlag 1953 um 164 Pensionisten auf 13.875 ansteigen.

Nun einige interessante Ausgabeposten. Im Finanzressort ist ein Betrag von 50 Millionen Schilling, gegenüber heuer 30 Millionen Schilling, für Darlehen an gemeinnützige Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaften vorgesehen. Der Finanzreferent erklärt, daß dieser Betrag auch noch erhöht werden könnte, wenn der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und die Genossenschaften in der Lage wären, gleichfalls ihre Zuwendungen zu steigern. Erstmals ist für die Vorfinanzierung von Hausratsdarlehen aus dem Bundes-Wiederaufbaufonds ein Betrag von 40 Millionen Schilling in das Budget eingestellt. Für heuer wurde bekanntlich ein Betrag von 20 Millionen Schilling durch eine nachträgliche Genehmigung des Gemeinderates bereitgestellt. Die Gemeinde wünscht, daß die Bombenschäden am Hausrat endlich durch die rasche Zuweisung der angeforderten Kredite behoben werden können. Auch hier ist der Finanzreferent bereit, einen noch höheren Betrag zur Verfügung zu stellen, falls die Arbeiten im Handelsministerium so beschleunigt werden können, daß möglichst die gesamten Wiener Ansuchen im kommenden Jahr erledigt werden. Die Wiener Möbelindustrie würde eine solche Beschleunigung der Kreditgewährung zweifellos begrüßen. Für unvorhergesehene Ausgaben sind wie im Vorjahr 50 Millionen Schilling im Budget vorgesehen.

In der Verwaltungsgruppe für Kulturangelegenheiten sind 30 Millionen Schilling als erste Baurate für den Bau der Stadthalle und 5 Millionen Schilling für das städtische Museum vorgesehen. Auch die sonstigen Aufwendungen im Kulturbudget wurden von 23 Millionen Schilling im Jahre 1953 auf 27 Millionen Schilling im Jahre 1954, also um 18 Prozent gesteigert, während der Durchschnitt der Ausgabensteigerung nur 7.8 Prozent ausmacht.

Rechnet man zu diesen Ausgabebeträgen noch die Personal- und Sachaufwandskosten, die von fünf Rubriken dieser Verwaltungsgruppe in der Allgemeinen Verwaltung verrechnet sind, dazu die Kosten der künstlerischen Ausschmückung unserer Wohnhäuser, die jährlich einige Millionen Schilling ausmachen und im Baubudget verrechnet sind, sowie den Schulaufwand von weit über 100 Millionen, der zweifellos auch ein Kulturaufwand ist und in anderen Ländern in dieser Verwaltungssparte verrechnet wird, so kommt man zum Ergebnis, daß die Kulturaufwendungen der Gemeinde Wien sich mit denen jeder anderen Gebietskörperschaft messen können.

Für das Wohlfahrtswesen sind 380 Millionen Schilling im Budget, um 12 Millionen mehr als heuer. Die Erwachsenenfürsorge allein wird 244 Millionen Schilling kosten, die Jugendfürsorge 136 Millionen Schilling. In der Erwachsenenfürsorge sind die Renten der Hauptunterstützten erhöht worden, die Zahl der Tagesheimstätten wurde neuerlich erhöht, die Verpflegung wesentlich verbessert und die Zahl der Fürsorge-Urlauber höher angesetzt als heuer.

Trotzdem die für die Kindergärten maßgebenden Kinderzahlen in Wien stark zurückgehen - so hat die Zahl der Drei- bis Fünfjährigen im letzten Kindergartenjahr 60.190 Kinder betragen, sie wird für das heurige Kindergartenjahr nur mehr 50.792 ausmachen - sind in einzelnen neuen Siedlungsgebieten und in zurückgebliebenen Bezirksteilen neue Kindergärten nötig. 14 neue Kindergartenabteilungen und der Neubau für vier alte unbrauchbar gewordene Abteilungen sind im Budget vorgesehen.

Für unsere Wohlfahrtsanstalten, also für die Spitäler, Erziehungs-, Alters- und Obdachlosenheime werden 603,5 Millionen Schilling nötig sein. Allein aus Steuermitteln der Stadt ist zu diesen Aufwendungen ein Zuschuß von 329 Millionen Schilling, gegen 293 Millionen Schilling heuer nötig. Ein Patient unserer Spitäler wird je Tag einen Aufwand von 90 Schilling erfordern, gegen 73 Schilling im Voranschlag 1953. Die Gemeinde anerkennt, daß Krankheit Not bedeutet und Anspruch darauf hat, von der Allgemeinheit unterstützt zu werden. Diese Allgemeinheit ist aber nicht die Gemeinde allein, schon deswegen nicht, weil rund 25 Prozent der Patienten unserer Spitäler aus Gebieten

außerhalb Wiens kommen. Es ist unbillig, die gesamten Spitalskosten den Gemeinden aufzubürden. Im nächsten Finanzausgleich wird die Regelung der Frage der Deckung der Spitalskosten eine Hauptforderung der Gemeinden sein.

Für das Bauwesen ist ein Gesamtaufwand von 1.082,5 Millionen Schilling vorgesehen, um 81 Millionen Schilling mehr als 1953. Für den Wohnungsneubau sind 520 Millionen Schilling im Budget, das sind um 57 Millionen mehr als heuer. Die Stadtbauverwaltung erwartet, daß sie mit diesem Betrag mindestens 7.000 neue Wohnungen herstellen kann. Mit dem 50-Millionen-Schilling-Darlehen für genossenschaftliche Bauten, die durch die Beiträge des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und der Baugenossenschaften einen Bauaufwand von rund 170 Millionen Schilling ermöglichen und durch den Wiederaufbau kriegsbeschädigter städtischer Wohnhäuser, für den ein Betrag von 39 Millionen Schilling im Budget ist, wird der Bau von mindestens weiteren 2.000 Wohnungen sichergestellt. 11.000 neue Wohnungen bei einem Abfall von höchstens 1.000 Wohnungen bedeuten einem Wohnungszuwachs von 10.000 Wohnungen und damit einen bedeutenden Beitrag zur endlichen Behebung der Wohnungsnot.

Für Straßenbauten sind 69 Millionen, um vier Millionen mehr, für Brücken- und Wasserbauten 40 Millionen Schilling, um zwei Millionen weniger, dazu kommen neun Millionen Schilling für die Behebung von Kriegsschäden, für Kanalbauten 36 Millionen Schilling, um eine Million weniger, für die Wasserwerke 99 Millionen Schilling, um 10 Millionen mehr, für die Öffentliche Beleuchtung 14,7 Millionen, um 1,4 Millionen Schilling mehr, dazu 3,3 Millionen Schilling für die Behebung von Kriegsschäden, für Gärten 34,5 Millionen Schilling, um vier Millionen mehr, für Bäder 37 Millionen Schilling, um 1,4 Millionen Schilling mehr, für Friedhöfe 25 Millionen Schilling, um zwei Millionen Schilling mehr, und für den Fuhrpark und die Straßenpflege 141 Millionen Schilling, um acht Millionen Schilling mehr, vorgesehen. Der Bauaufwand für laufende bauliche Erhaltungsarbeiten für Neubauten und für die Behebung von baulichen Kriegsschäden, also der gesamte Aufwand für das Bau- und das Baunebengewerbe, wird 1954 1.024 Millionen Schilling, um 91 Millionen mehr als heuer, ausmachen. Erstmals wird im Budget die Milliardengrenze für den Bauaufwand überschritten. Er beträgt allein 33,1 Prozent des Budgetvolumens.

Die Wohnhäuserverwaltung wird 119,8 Millionen Schilling, um 27 Millionen mehr als heuer, benötigen. Der reine Betriebsabgang ohne Investitionen und ohne Wertabschreibung wird 9,4 Millionen ausmachen und durch einen Zuschuß der Finanzverwaltung gedeckt werden, der erstmals im Budget ausgewiesen wird.

Für Schulen sind 109 Millionen, um 6 Millionen weniger als heuer im Budget. Der geringere Aufwand ergibt sich nur durch das Aufhören der Beschaffung moderner Schulmöbel, die bereits für 95.000 Kinder angeschafft sind, wogegen die statistische Abteilung des Magistrates dauernd nur mit 67.000 Schulkindern rechnet. Allein der Bauaufwand für die Schulen macht 31 Millionen Schilling aus.

Für Märkte und Schlachthöfe sind 37,6 Millionen, der gleiche Betrag wie im Vorjahr, im Budget. Dazu 1,8 Millionen für die Behebung der restlichen Kriegsschäden.

Die Feuerwehr wird 45,6 Millionen verbrauchen, um 2 Millionen mehr als heuer, und dazu noch 7 Millionen für die Behebung der Kriegsschäden der Feuerwache Ottakring und der Zentrale Am Hof ausgeben.

Die Aufwendungen der Unternehmungen der Stadt werden bekanntlich getrennt budgetiert. Im Voranschlag der Hoheitsverwaltung ist nur die Abfuhr eventueller Überschüsse der Nichtmonopolbetriebe vorgesehen. Erstmals gehört heuer zum Voranschlag der Wiener Stadtwerke auch die Städtische Bestattung. Die Gesamtausgaben der nunmehr vier Unternehmungen der Stadtwerke, E-Werk, Gaswerk, Verkehrsbetriebe und Bestattung werden 1.888 Millionen Schilling ausmachen. Der Voranschlag der Stadtwerke schließt mit einem Abgang von 8 Millionen Schilling, also mit weniger als einem halben Prozent des Ansatzes. Er ist also praktisch ausgeglichen. Für Investitionen, die voraussichtlich kassenmäßig gedeckt sind, sind 385 Millionen vorgesehen. Weitere 66 Millionen Investitionen werden durchgeführt werden, falls eine Bedeckung dieses Aufwandes gefunden wird.

Der Voranschlag des Brauhauses der Stadt Wien sieht einen Überschuß von 326.000 Schilling und Investitionen in der Höhe von 5,6 Millionen Schilling vor. Der Betrieb wird modernisiert und damit auf eine wirtschaftlich tragbare Grundlage gestellt

werden.

Die Gewista sieht einen Überschuß von 392.000 Schilling und Investitionen von 243.000 Schilling vor.

Mit den Investitionen der Hoheitsverwaltung und der Unternehmen, sowie mit dem Erhaltungsaufwand dieser Körperschaften werden nächstes Jahr mehr als zwei Milliarden Schilling für Arbeitsbeschaffungsvorhaben ausgegeben werden. Die Gemeinde Wien wird damit ihre Aufgabe, die Arbeitslosigkeit in Wien zu bekämpfen, soweit es ihre finanzielle Kraft erlaubt, auch im Jahre 1954 erfüllen.

Rindernachmarkt vom 3. Dezember
=====

3. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 9 Stiere, 22 Kühe, Summe 31. Neuzufuhren: 3 Ochsen, 6 Stiere, 8 Kühe, Summe 17. Gesamtauftrieb: 3 Ochsen, 15 Stiere, 30 Kühe, Summe 48. Verkauft wurden: 2 Ochsen, 6 Stiere, 19 Kühe, Summe 27. Unverkauft: 1 Ochse, 9 Stiere, 11 Kühe, Summe 21. Kontumazanlage: 12 Rinder.

Schweinenachmarkt vom 3. Dezember
=====

3. Dezember (RK) 29 Fleischschweine. Verkauft wurde alles. Kontumazanlage: 114 Schweine.

Weidner Markt vom 3. Dezember
=====

3. Dezember (RK) 13 Schweine 16.70 bis 17.50 S, 2 Kälber 14.50 S.